

Bericht von der SPD-Kreisvorsitzenden-Konferenz am 21.10.2017

von Rolf Voigt



Von den führenden Köpfen haben Martin Schulz, Thorsten Schäfer-Gümbel, Olaf Scholz und Hubertus Heil teilgenommen. Juliane Seifert hat die geplanten Abläufe vorgestellt.

Martin Schulz gab zunächst eine Einführung seiner Sicht der SPD.

U.a.:

- wir sind selten so geschlossen in eine Bundestagswahl gegangen, und dann so ein Ergebnis.



- wir müssen Richtungsauseinandersetzungen hintenanstellen. So hat es Niedersachsen vorgemacht. Lehre aus Niedersachsen: Wenn es eine starke linke und eine starke rechte demokratische Volkspartei gibt, dann können wir Erfolg haben.

- die SPD muss sich der Frage stellen, was bedeutet es, linke Volkspartei zu sein. Die SPD müsse die Fortschrittspartei sein. Auf die Fragen der Digitalisierung (Tarifbindung, Soloselbständige, Arbeitsplatzverluste) die richtigen Antworten geben. Globale Herausforderungen brauchen globale Antworten. Die EU als wertegeleitete demokratische Gemeinschaft ist für uns zentral. Die SPD als Europapartei positionieren.

- Wir brauchen neue Formen der politischen Kommunikation. Wir brauchen aber auch den Ortsverein. Wir brauchen nach innen eine offen konkurrierende und kontroverse Diskussion. Apell: Lasst uns zurückfinden zum Wettbewerb der Argumente

Es folgte dann für ca. 1 ¼ Stunde eine offene Aussprache, an der sich sehr, sehr viele Kreisvorsitzende beteiligten. Dabei zeigte sich die ganze Heterogenität unserer Partei. Das reichte von dem Appell, doch mehr Dankeskultur in der Partei zu leben über die Themen, wie sich die Partei in der Fläche in Landstichen aufstellt, die keine Mandatsträger mehr haben bis dahin, warum Martin Schulz nicht wie versprochen in allen Wahlkreisen präsent war. Auch die Themen Jünger / Weiblicher wurden angesprochen. Durchaus auch kontrovers (werde selber älter, weiblich schaffe ich nicht mehr...). Häufig kam auch die politische Kultur und das Abgehoben-Sein der Berliner Politik zur Sprache. Es zeigte sich auch ein Spannungsfeld von „Wir wollen

als Basis mitbestimmen“ und „jetzt brauchen wir die richtige Richtung der politischen Verantwortlichen“. Durchgängig wurde eine klare Haltung und Abgrenzung zur Jamaika-Koalition in der Oppositionsrolle gefordert.

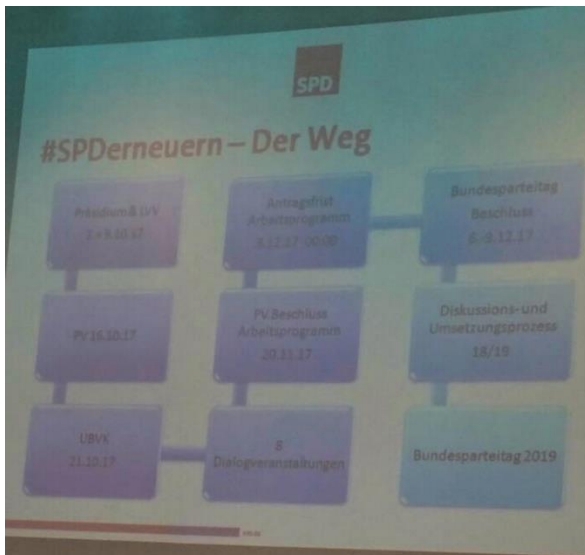
Es gab dann auch einen großen Anteil an politisch inhaltlichen Debattenbeiträgen. Wobei auch diese sehr unterschiedlich waren, von der Schlusstrich-Forderung unter der Agenda-Debatte bis hin zur fehlenden Glaubwürdigkeit, wenn man über Jahrzehnte selber in der Regierung war und Forderungen nach Veränderungen aufstellt. (Schulz dazu: Das wird so sein. Irgendwo sind wir immer mit in der Regierung...) Insgesamt überwogen die Beiträge, die die soziale Gerechtigkeit als das richtige Thema sehen, das aber konkretisiert und zugespitzt werden muss. Ich selber habe mir erlaubt das Zeit-Interview der letzten Woche und den darin verkündeten Abschied der SPD von neoliberalen Denkmustern hervorzuheben (kam in Martins Rede an diesem Tag leider nicht vor) und vorgeschlagen, doch zum kommenden Parteitag Jeremy Corbin einzuladen, um die Veränderung deutlich zu machen zum letzten Parteitag. (vom Agenda-Kanzler zum Hoffnungsträger aus GB)

Es gab dann noch einen Schlussbeitrag von Martin Schulz, der nach 2 ½ Std. die Veranstaltung verlassen hat.

- Zur Nahles-Nominierung: Die Fraktion hat sich am Dienstag nach der Wahl konstituiert und da brauchte es einen Vorschlag des Vorsitzenden. Andrea Nahles sei eine gute Wahl und die Zusammenarbeit sei hervorragend.
- Sein größter Fehler im Wahlkampf sei gewesen, sich seine Emotionen nehmen zu lassen. Die SPD müsse den Mut haben Positionen vorzutragen, auch wenn die Gefahr besteht dafür zunächst keine Mehrheiten zu gewinnen. Ein zentrales Leitthema habe im Wahlkampf gefehlt.
- Für die Opposition gelte es die Spanne zwischen CSU auf der einen Seite und den Grünen-Linken auf der anderen Seite zu nutzen.
- Die SPD müsse den Spagat hinbekommen, sich auf der einen Seite wieder als Kümmerer-Partei zu profilieren. Auf der anderen Seite die großen Themen besetzen, wie Friedenspolitik, Klimapolitik, Europapolitik. Und dies in einer Sprache, mit der wir wieder besser verstanden werden.

Nach der Mittagspause war dann die Vorstellung des vorgesehenen Vorgehens im Erneuerungsprozess durch Juliane Seifert und Hubertus Heil. Es folgte dann aber eine auch emotional vorgetragene „Frustrede“ von Hubertus Heil. Darin u.a.

- Wir sind in unseren Positionen als SPD nicht erkennbar geworden, weil wir in vielen Bereichen keine hatten, sondern nur Sprachregelungen, die verborgen haben, dass wir keine Position hatten. Er nannte als Beispiele Dieselgate, wo wir für alle waren (für die Beschäftigten, für die Verbraucher), in der Klimapolitik oder auch in der Flüchtlingspolitik.
- Die Organisation in verschiedenen Strömungen in einer Volkspartei ist ok. Aber so wie die Fraktion angefangen hat zu arbeiten und die verschiedenen Richtungen sich beharken, das dürfe so nicht weitergehen.

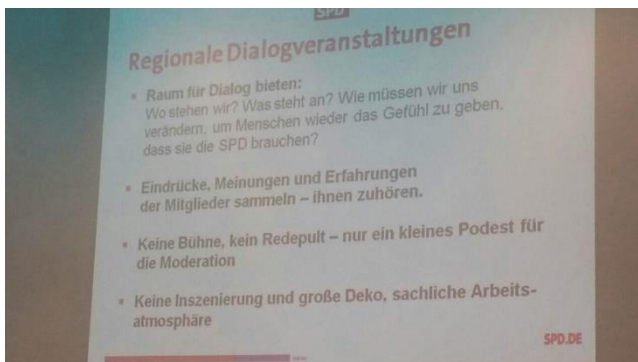


Zum weiteren Ablauf wurde vorgestellt, dass die 8 Dialogveranstaltungen / Basiskonferenzen so ablaufen sollen, dass keine Frontalreden der Granden gehalten werden, sondern in kleinen Gruppen die Mitglieder diskutieren und die Parteivorstandmitglieder in diesen Kleingruppen dabei sein sollen und zuhören.

Aus dem dort Gehörten werde der Parteivorstand am 20.11. einen Leitantrag zum Parteitag formulieren.

Nur zu diesem Leitantrag sind dann in einem Zeitfenster vom 20.11. bis zum 3.12. Änderungsanträge der Gliederungen möglich sein.

Der Parteitag wird dann als Abschluss der Analysephase angesehen. Dann solle es 2 Jahre Sacharbeit geben. Auch wenn man natürlich bei den Wahlen in dieser Zeit zulegen wolle (u.a. Hessen, Bayern).



Meine Frage, ob dann in diesem 2-Jahresprozess auch an die Formulierung eines neuen Grundsatzprogrammes gedacht sei, zeigte unterschiedliche Standpunkte dazu in der Parteiführung. Hubertus Heil plädierte dafür, doch erstmal das Hamburger Programm zu nehmen und sich genau anzugucken, was noch aktuell sei und wo wir eine

Ergänzung brauchen. Thorsten Schäfer-Gümbel sagte, Hessen freue sich über jede Unterstützung dafür, ein neues Grundsatzprogramm auf die Tagesordnung zu setzen. Dies müsse letztendlich der Parteitag entscheiden.

Im Saal standen Pin-Wände für Kärtchen-Arbeit mit den beiden Leitfragen:

- Wie sieht eine SPD aus, die wieder gebraucht wird?
- Wo stehen wir als SPD nach der Wahl?

Die Kleingruppen-Arbeit dazu wurde zugunsten der Gesamtaussprache abgewählt. Ich vermute aber mal, dass in diese Richtung die Gestaltung der Basiskonferenzen gehen wird. Es wurde auch gesagt, dass man bei den Basiskonferenzen schriftlich seine Vorstellungen mitbringen könne. Das sei erfolgversprechender, als seine Vorschläge ans Willy-Brand-Haus zu senden.

(Die Bilder von der Präsentation sind undeutlich, das liegt aber daran, dass es im Saal sehr hell war und auch das Original sehr undeutlich war - was will uns das sagen?)